

Wir für Eimsbüttel: sozial - gerecht - ökologisch

Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung Eimsbüttel zwischen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahlperiode 2014 bis 2019

Präambel

Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die Zukunft des Bezirks gestalten und die Lebensbedingungen für alle weiter verbessern. Wir wollen dabei die bereits gesteigerte und weiterentwickelte Bürgerbeteiligung ausbauen und Politik transparent gestalten.

Verantwortungsvolle Politik bedeutet für uns eine an den bezirklichen Interessen orientierte Politik. Unsere Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für den Bezirk sind immer abhängig vom finanziellen und organisatorischen Spielraum, den der jeweilige Senat ermöglicht. Hier wollen wir, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort gestärkt werden. Auch wollen wir, dass Entscheidungen dort fallen, wo die örtliche Nähe zu den Handlungsfeldern gegeben ist. Das bedeutet für uns z.B., dass die Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke übertragen werden müssen. Vor Ort sind die Kenntnisse vorhanden, wo der Schulweg durch Zebrastreifen und Tempo 30 gesichert werden muss. Wir werden uns daher gemeinsam für eine Stärkung der Bezirke einsetzen.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, aber auch Verdrängungseffekte mit Hilfe von sozialen Erhaltungsverordnungen stoppen. Bei allen baulichen Aktivitäten wollen wir die ökologischen Belange stärker berücksichtigen und den Klimaschutz als Schwerpunkt in der Bezirklichen Entwicklungsplanung stärker verankern. Eine kompakte Stadt braucht ein modernes Mobilitätskonzept, das sich an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientiert. Die Stärkung des Fahrradverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs ist hierbei für uns ein wichtiger Baustein.

In der nachfolgenden Vereinbarung haben wir die Projekte, Vorhaben und Ziele aufgeführt, die im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen werden.

Die aktuelle drängende Situation zur Flüchtlingsunterbringung zeigt uns aber auch: Wir werden immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert, in denen es gilt das solidarische Zusammenleben in unserem Bezirk transparent und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

Stadtplanung: Bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz beachten, Qualität steigern, beteiligungsorientiert planen.....	3
Verkehr	8
Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz	13
Bildung.....	15
Integration.....	17
Sport	18
Jugendhilfe	20
Soziales	22
Gesundheit	24
Frauen.....	25
Inklusion / Gleichstellung	26
Wirtschaft und Arbeit.....	27
Kultur in Eimsbüttel.....	28
Kerngebiet	29
Regionalbereich: Lokstedt, Niendorf, Schnelsen	31
Regionalbereich: Eidelstedt und Stellingen.....	36
Grundlagen der Zusammenarbeit	38

Stadtplanung: Bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz beachten, Qualität steigern, beteiligungsorientiert planen

Hamburg wächst und braucht mehr Wohnungen, das ist offensichtlich. Eimsbüttel ist ein Teil des wachsenden Hamburg. Wachstum ist ein Zeichen für die Attraktivität von Hamburg und unserem Bezirk, es ist allerdings auch eine große Herausforderung. Eimsbüttel hat sich im Vertrag für Hamburg verpflichtet, jährlich mindestens 700 Wohnungen im Bezirk neu zu genehmigen. Diese Zielzahl haben wir in den letzten Jahren sogar übertroffen. Wo viel gebaut wird, fragen sich die Menschen, wie sich ihre Nachbarschaft durch geplante Neubauten verändern wird. Stadtplanung ist daher für uns untrennbar mit Bürgerbeteiligung verbunden, diese wollen wir noch verbessern.

Das beschlossene und gerade erst fortgeschriebene Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm zeichnet sich dadurch aus, dass wir nicht nur potentielle Flächen für den Wohnungsbau beschreiben, sondern hier auch inhaltliche Schwerpunktsetzungen festlegen. Für längerfristige Planungen hat sich in Eimsbüttel das Instrument der Bezirklichen Entwicklungsplanung bewährt, dieses wollen wir für Schwerpunktsetzungen im Bereich des Klimaschutzes und der Qualitätsentwicklung nutzen. Wir wollen bei unseren Planungen Flächenversiegelungen möglichst reduzieren oder begrenzen. Für die Menschen in unseren Bezirken sind die langfristigen Auswirkungen stadtklimatischer Veränderungen zu beachten.

Bezahlbarer Wohnraum

Ziel unserer Politik für Eimsbüttel ist es, gutes und bezahlbares Wohnen in einer lebenswerten Stadt für alle zu ermöglichen.

Daher ist es uns wichtig, dass wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, insbesondere auch mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau. Gleichzeitig wollen wir aber nicht nur auf Neubauten setzen, sondern durch soziale Erhaltungsverordnungen Verdrängungseffekte stoppen.

Daher wollen wir:

- den Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbau erhöhen, auch im Kerngebiet.
- flexiblere Konzepte für Sozialwohnungen, um diese auch in kleineren Bauprojekten zu ermöglichen.
- längere Bindungsfristen für Sozialwohnungen, hier wollen wir mit den Investoren entsprechende Verhandlungen aufnehmen.
- flexible Wohnungstypen schaffen.
- Soziale Erhaltungs- und Umwandlungsverordnungen für Eimsbüttel-Nord, Stellingen (der Bereich der an das Eimsbütteler Kerngebiet anschließt) und Hoheluft-West einführen. Das bedeutet, dass zunächst der Bezirk prüfen muss, ob die Verordnungen zulässig wären. Hier sehen wir auch weiterhin den Senat in der Verantwortung, den Bezirk bei der späteren Umsetzung der Verordnungen zu unterstützen.
- die Mietpreisbremse umsetzen.
- Konzeptausschreibungen bei der Vergabe städtischer Liegenschaftsflächen.
- Die Vergabe von Grundstücken an Baugemeinschaften wollen wir weiterhin unterstützen. Baugemeinschaften sind – neben den Wohnungsbaugenossenschaften – wichtig, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

- soweit der Bezirk im Einzelfall Handlungsmöglichkeiten hat, wollen wir grundsätzlich bestehende Wohnprojekte absichern. Eine moderate Anpassung von bestehenden Verträgen für städtische Liegenschaften, die vor der Verlängerung stehen, wie z.B. im SchröderStift, ist dabei für uns nicht von vorneherein ausgeschlossen.
- den Leerstand von Wohnraum wollen wir verstärkt durch die Möglichkeiten des Wohnraum-schutzgesetzes bekämpfen.

Bei der Schaffung von Wohnraum gilt es für uns, auch auf besondere Bedürfnisse und die Auswirkungen des demographischen Wandels zu reagieren. Deshalb wollen wir:

- Auszubildenden- und Studentenwohnungen schaffen: z.B. im Bereich Stellingen, an der Julius-Vosseler-Straße und im Bereich Grandweg / Troplowitzstraße in Lokstedt.
- im Wohnungsprogramm besondere Wohnformen berücksichtigen und dafür geeignete Standorte finden. Hierzu gehören Jugendwohnungen, betreute Wohnmöglichkeiten für Erkrankte, Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Übergangsmöglichkeiten aus der öffentlichen Unterbringung ebenso wie Platz für Flüchtlinge gehören auch hierzu.
- verstärkt die Möglichkeiten von Mehrgenerationenwohnen und anderen generationenübergreifenden Konzepten fördern und die Anstrengungen verstärken, barrierefreie bzw. barrierearme Wohnungen bereitzustellen.
- in Höhe von 10 % des Neubaus im öffentlich geförderten Bereich wollen wir (WA-)Bindungen für wohnungsberechtigte Menschen mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt schaffen.

Umweltgerecht bauen, Klimaschutz beachten

Freiflächen sind ein wichtiges Gut in einer urbanen Gesellschaft. Sie dienen als Erholungs- wie Gestaltungsräume sowohl für Menschen wie auch für Tiere und Pflanzen. Planungsvorhaben müssen stärker auf ihre Auswirkungen auf das Stadtklima geprüft werden. Ein wichtiges Element für Klimaschutz ist der Stopp oder mindestens die Verringerung der Flächenversiegelung. Das bedeutet, dass wir künftig verstärkt auf die Aufstockung von Gebäuden und höhere Baukörper, soweit diese nachbarschaftsverträglich sind, setzen müssen. Zum umweltgerechten Bauen gehören für uns auch Mobilitätskonzepte, die eine Verringerung des Autoverkehrs ermöglichen.

Wir wollen daher:

- die Feldmarken in Schnelsen und Eidelstedt erhalten und sprechen uns gegen jede Bebauung in diesen Bereichen aus.
- den Erhalt und Ausbau von Frischluftschneisen.
- die Aufstockung von Gebäuden und Eindämmung von Flächenversiegelung.
- die Neubebauung vorrangig nur auf schon versiegelten Flächen – gerade im Kerngebiet.
- Eine Neugestaltung von Oberflächen mit nicht versiegelnden Materialien durch Festsetzungen in Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und bei Befreiungsanträgen.
- intelligente Flächenrochaden („richtige Nutzung am richtigen Ort“).

Auch in den einzelnen Bauprojekten kann eine umweltgerechtere Bauweise einen Beitrag für Klimaschutz und das Stadtklima leisten. Neue Bauten, aber auch im Bestand, z.B. bei Aufstockungen, können hierzu mit Dachgärten einen Beitrag leisten. Im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung sind bereits positive Beispiele für umweltgerechtes Bauen im Bezirk genannt worden. Dazu können wir

uns weitere Anstrengungen und Konzepte wie z.B. „atmende Häuser“ vorstellen. Hier wollen wir verstärkt das Gespräch mit Investoren suchen.

Im Bauvorhaben Süderfeldstraße hat der Investor bereits Elemente eines Mobilitätskonzeptes vorgestellt, welches z.B. E-Bikes berücksichtigt und auch eine dezentrale Energieversorgung vorsieht. Wir würden es begrüßen, wenn dieser Impuls für autoärmeres Planen und dezentrale Energieversorgung in anderen Bauprojekten aufgegriffen wird. Hierzu wollen wir entsprechende Gespräche mit den Investoren führen.

Die zunehmenden Klimaveränderungen und Auswirkungen der Verdichtungen sorgen dafür, dass der innerstädtische Bereich sich nachts immer weniger abkühlt. Die Folge sind gesundheitliche Beeinträchtigungen gerade für ältere Menschen und Kleinkinder. Die stadtklimatischen Auswirkungen und mögliche Handlungsoptionen wollen wir uns daher auch zeitnah durch externe Experten vom KlimaCampus der Universität erläutern lassen.

Das Thema Klimaschutz soll Schwerpunkt der nächsten Fortschreibung der Bezirklichen Entwicklungsplanung sein. Neben bezirklichen Handlungsmöglichkeiten gibt es hierbei Rahmenbedingungen von Senat und Bund, z.B. im Bereich der Förderprogramme.

Die Grundlagen für eine Klimaschutzstrategie im Bezirk Eimsbüttel wollen wir in der Bezirklichen Entwicklungsplanung schaffen, um sie dann in die Fortschreibung des Wohnungsbauprogrammes und bei Einzelentscheidungen künftig stärker berücksichtigen zu können.

Die Möglichkeiten energieeffizienter Bauleitplanung soll auch Bestandteil des Schwerpunktes Klimaschutz im nächsten Bezirklichen Entwicklungsplan (BEP) sein. Mit Zebau Hamburg (Zentrum für Energie; Bauen, Architektur und Umwelt) gibt es in diesem Themenbereich aktive Experten, die wir einbinden wollen.

Qualität, Infrastruktur, Freiflächen

Die Eimsbütteler Wohnungsbaukonferenz und das Eimsbütteler Wohnungsbauprogramm betonen, dass es beim Wohnungsbau verstärkt um Qualitätsaspekte gehen muss. Dies wollen wir intensiver angehen.

In den bereits hoch verdichteten Bereichen geht es um qualitative und städtebaulich sinnvolle Lösungen, so müssen z.B. flächensparende Wohnformen entwickelt und angeboten werden. Gleichzeitig sorgen die bereits stark verdichteten Bereiche für spürbaren Druck auf die angrenzenden Gebiete. Hierbei gilt es, den eigenständigen Charme dieser einzelnen Quartiere zu berücksichtigen und zu bewahren. Die Verdichtung in den bislang nicht so stark verdichteten Bereichen muss u.a. mit Verbesserungen des Wohnumfeldes verbunden werden. Insgesamt gilt es, den Charakter der Stadtteile qualitativ und nicht nur quantitativ zu stärken.

Das bedeutet bei Bauvorhaben beispielsweise:

- verdichtete Bereiche benötigen ausreichende grüne Freiflächen – zum Beispiel in den Innenbereichen von Wohnbauten.
- Licht- und Wärmegewinn schaffen: Sonnenlicht optimal ausnutzen, Verschattungseffekte durch Gebäude auch auf Freiräume prüfen.
- durch Neubauprojekte ruhige Räume neu schaffen und bestehende ruhige Räume respektieren.

- mit komfortablen Fahrradstellplätzen und Carsharing-Angeboten nachhaltige und emissionsarme Mobilitätsformen fördern.
- möglichst barrierefreie öffentliche Räume schaffen.

Qualitätsziele sollen verstärkt Bestandteil der städtebaulichen Verträge im Bezirk werden. In Einzelfällen sollte für Projekte mit besonderen Herausforderungen ein begleitendes Qualitätscontrolling mit zertifizierendem Abschluss vereinbart werden.

Bürgerbeteiligung ausbauen

Bei dem Beteiligungsverfahren für die Mitte Stellingens konnten wir die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den weiteren Schritten, wie dem gerade abgeschlossenen städtebaulichen Wettbewerb, umsetzen. Wir werden uns für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung und dem daraus entstandenen städtebaulichen Wettbewerb einsetzen.

Die Erfahrungen der Beteiligungsprozesse in Stellingen, zum Eidelstedter Zentrum und die begonnene breite Beteiligung zur weiteren Entwicklung in Lokstedt wollen wir auswerten zur Erarbeitung von weiteren Entwicklungskonzepten für einzelne Stadtteile.

Wir möchten bei wichtigen Planungen von Beginn an alle Akteure – Bürgerinnen und Bürger, Bauherren, Verwaltung und Politik – an einen Tisch holen. Beteiligungsprozesse müssen bei den Planungszielen ansetzen, ergebnisoffen sein und transparente, verständliche Verfahren und Regeln haben.

Dazu gehören für uns:

- Alle Ergebnisse, auch in den Zwischenphasen, sollen dokumentiert werden und im Internet verfügbar sein.
- Um die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung transparent zu gestalten, wollen wir Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel entwickeln und veröffentlichen.
- Baugenehmigungsverfahren öffentlich zu behandeln, soweit dies möglich ist. Die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen wollen wir weiterentwickeln und ausweiten. Das bedeutet auch die Beteiligung auf weitere Themen auszubauen.

Gewerbe und Zentrenentwicklung

Neben dem Wohnungsbau wollen wir die Sicherung und die Entwicklung von Arbeitsstätten und Gewerbegebieten sowie die Weiterentwicklung der Stadtteilzentren unterstützen.

Eimsbüttel hat als erster Bezirk ein Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept beschlossen, auf dessen Basis nun ein stadtweites Konzept entsteht. Wir wollen weiterhin die Fortentwicklung der Stadtteilzentren Osterstraße, Hoheluftchaussee, Tibarg, Eidelstedt, Niendorf-Nord, Frohmestraße und Lokstedt unterstützen. Für Eidelstedt und Lokstedt haben wir breite Beteiligungsprozesse begonnen. Für die Frohmestraße wollen wir den Bau des Autobahndeckels als Chance für einen Beteiligungsprozess mit dem Ziel der Neugestaltung nutzen.

Desweiteren wollen wir gemischte Blockstrukturen, insbesondere in Kerngebiet, sichern. Zur Sicherung von klassischem Gewerbe wollen wir großflächigen Einzelhandel in Gewerbegebieten abschließen.

Bei allen notwendigen Anstrengungen für den Wohnungsbau wollen wir die Belange von kleinen Gewerbe- und Handwerksbetrieben als notwendigen Bestandteil unserer Infrastruktur bei den Planungen berücksichtigen und zudem neue räumliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel Gewerbehöfe,

in Betracht ziehen. Im Bereich des Rentzelcenters ist ein entsprechendes Projekt gestartet. Die Planungen für einen Gewerbehof am Offakamp unterstützen wir.

Bei der Gewerbebebauung auf der Fläche des Informatikums in Stellingen wollen wir die Ideen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen.

Verkehr

In der Verkehrspolitik sind Sicherheit und Lebensqualität in den Wohngebieten Eimsbüttels ein zentrales Anliegen. Wir wollen die Verkehrspolitik so gestalten, dass sich die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mit ihren unterschiedlichen Transportmitteln gleichberechtigt, sicher, entspannt und zügig durch Eimsbüttel bewegen können.

Besonders in den dicht besiedelten Gebieten des Kerngebietes müssen die Bedürfnisse des Rad-, Fuß- und Autoverkehrs austariert werden. Nach einer gemeinsam aufgestellten Prioritätenliste sollen integrierte quartiersbezogene Parkraum- und Verkehrskonzepte für einzelne Stadtteile oder Quartiere aufgestellt werden. Ausgangspunkt soll dabei eine Bestandsaufnahme der Mobilitätsbedürfnisse sein. Dazu gehören die Fragen, für wie viele Anwohnerfahrzeuge (KFZ und Fahrrad) derzeit wie viel Parkraum zur Verfügung steht und welche aktuellen Probleme im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr jeweils bestehen (verkehrswidriges Parken, Zuparken von Rad- und Fahrradwegen etc.). Auch die Wegebeziehungen für Fußgängerinnen und Fußgänger sollen in diesem Zusammenhang analysiert und es sollen Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Die Konzepte sollen folgende Fragestellungen miteinbeziehen und unterschiedliche Instrumente miteinander verzahnen:

- Gestaltungsspielräume im Straßenraum durch Verlagerung von Autostellplätzen in Quartiersgaragen schaffen (ggf. mit differenziertem Gebührensystem je nach Quartier).
- Parksuchverkehr vermindern durch Anwohnerparken.
- Stellplätze für Carsharing.
- Sicherheit für den Radverkehr erhöhen und Qualität der Radwege verbessern.
- mehr Fahrradhäuschen und Fahrradbügel.
- Aufwertung des Verkehrsraums für Fußgängerinnen und Fußgänger.
- Verbesserung von ÖPNV-Querverkehren.
- Abbau von Anreizen für sonstigen Parkplatzsuchverkehr.
- Reduktion von Falschparken, insbesondere an gefährlichen Stellen.

Bestehende Verkehrskonzepte, wie das Eimsbütteler Fahrradroutenkonzept, sollen umgesetzt werden.

Tempo 30

Wir wollen den Ausbau von Tempo 30 weiter vorantreiben. Besonders in solchen Straßen, in denen die Geschwindigkeitsbegrenzung mehrfach wechselt, ist durchgehendes Tempo 30 auch ein Beitrag zur Reduzierung des Schilderwaldes – gerade mit Blick auf die kleineren Querstraßen. Als vordringlich wollen wir die Einführung von Tempo 30 im Eppendorfer Weg realisieren. Die bereits von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für Tempo 30 in Aussicht gestellten Straßen wollen wir zügig umwandeln. Um die Einhaltung der Tempolimits zu befördern, sollen auch bauliche Mittel zur Verkehrsberuhigung eingesetzt werden. Der komplette Umbau einer Straße soll dabei nicht Voraussetzung für die Einführung von Tempo 30 sein. Wir setzen auch auf kurzfristige, einfache Maßnahmen zur Beruhigung des Verkehrs, wie alternierende KFZ-Parkplätze, Blumenkübel oder Fahrradbügel am Fahrbahnrand.

Schulwegsicherung

Insbesondere im Umfeld von Schulen und Kitas ist es uns ein großes Anliegen, mehr Tempo-30-Zonen einzurichten. Zudem wollen wir uns für Zebrastreifen und andere Querungshilfen zur Schulwegsicherung einsetzen und mit Piktogrammen auf die Nähe einer Kita oder Schule hinweisen. Wir wollen weiter darauf drängen, dass gemeinsam mit Schulleitungen, Elternräten, Polizei, Bezirksverwaltung und -politik regelhaft an allen Schulen, insbesondere Grundschulen, großflächige Begehungen durchgeführt werden, um die Schulwegsicherheit konkret und vor Ort zu überprüfen und Verbesserungen sachgerecht durchführen zu können. Dabei sind die „realen“ Schulwege zum Maßstab zu machen (auch Hintereingänge, Abkürzungen etc.).

Parkraum

Um den Straßenraum von Autostellplätzen zu entlasten, möchten wir diese in Quartiersgaragen verlagern, die wir dafür neu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Pilotprojekte für Anwohnerparkgebiete in Eimsbüttel eingerichtet werden. Dies soll in enger Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort geschehen.

Dort, wo Bedarfe nach Recycling-Containern, Unterflur-Müllbehältern und Fahrradparkplätzen festgestellt werden und nicht anderweitig Abhilfe geschaffen werden kann, können einzelfallbezogen auch KFZ-Stellplätze in Anspruch genommen werden. Die Einzelfälle sind in den bezirklichen Ausschüssen zu prüfen.

Carsharing

Um das Carsharing als Alternative zum (Zweit-)Privatwagen zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass den Anbietern zusätzliche Flächen zur Verfügung gestellt werden. Im Sinne der Zugänglichkeit und Sichtbarkeit sollte dies nicht nur in Tiefgaragen, sondern (unter Rücksichtnahme auf die örtliche Parkplatzsituation) auch im Straßenraum gefördert werden. Weitere Potentiale wollen wir auf größeren Parkflächen, z.B. bei Supermärkten oder öffentlichen Einrichtungen erschließen. Um den Übergang zum ÖPNV zu erleichtern, setzen wir uns für Knotenpunkte ein, an denen alle Verkehrsangebote zur Auswahl stehen.

Entlastung Kieler Straße

Die großen Bauprojekte in Altona dürfen nicht in Eimsbüttel zum Verkehrsinfarkt führen, davon sind insbesondere die Kieler Straße und die Fruchttallee bedroht. Hier erwarten wir Umsteuerungen zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel und eine faire Verteilung des KFZ-Aufkommens. Um die Kieler Straße zu entlasten, setzen wir uns für eine stärkere Umlenkung des Verkehrs über den Holstenkamp auf die BAB-Anschlussstelle Volkspark ein. Im Zuge der entstehenden Entlastung wollen wir eine Busspur auf der Kieler Straße prüfen, um insbesondere die Metrobuslinie 4 zu beschleunigen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Die Koalitionspartner sehen den dringenden Bedarf, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs Eimsbüttel zu erhöhen. Ein Ausbau insbesondere auch des innerstädtischen, schienengebundenen Nahverkehrs in den Bereichen muss vor dem Hintergrund der Nachverdichtung auch in Eimsbüttel erfolgen.

Die Partner wollen sich für eine weitere Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt einsetzen. Der barrierefreie Ausbau der Haltestellen soll fortgesetzt werden. Die Taktzeiten sollen verdichtet werden, um Wartezeiten zu verkürzen und dem wachsenden Fahrgastaufkommen ge-

recht zu werden. Die Beschleunigung der zentralen Buslinien im Bezirk durch Ampelvorrangschaltungen und durch eigene Busspuren unterstützen wir.

Wir setzen uns dafür ein, dass die AKN-Strecke nach Kaltenkirchen für die S-Bahn elektrifiziert wird und somit eine direkte Anbindung von Schnelsen und Eidelstedt an die Hamburger Innenstadt erfolgt. In diesem Zusammenhang soll der Bau der Haltestelle Schnelsen-Süd möglichst zeitnah realisiert werden. Somit wird eine umweltfreundlichere, komfortablere und günstigere Anbindung unserer nördlichen Stadtteile mindestens bis zum Hauptbahnhof gewährleistet.

Das Umsteigen vom Auto oder Fahrrad auf öffentliche Verkehrsmittel soll durch den Ausbau von Park + Ride sowie Bike + Ride erleichtert werden.

Radverkehrsförderung

Wir wollen den Radverkehrsanteil in Eimsbüttel deutlich steigern. Dafür müssen Radfahrstrecken bequemer und an ein erhöhtes Fahrradverkehrsaufkommen angepasst werden. Eine geräumige und glatte Streckenführung gehört ebenso dazu wie eine bevorzugte Überquerung der Hauptverkehrsstraßen, etwa durch Verkehrsinseln oder Vorzugsschaltung von Anforderungsampeln. Die durchgängige farbliche Markierung sowie Piktogramme auf der Straße sollen die Sichtbarkeit und damit die Attraktivität der stark frequentierten Hauptfahrradrouten, aber auch der anderen Fahrradstrecken fördern. Insgesamt wollen wir in Übereinstimmung mit der Straßenverkehrsordnung und der Verkehrsforschung mehr Fahrradverkehr auf die Fahrbahn verlagern. Die Sicherheit der Fahrradfahrer soll erhöht werden, indem ihnen wo nötig Radfahr- oder Schutzstreifen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass dies zügig realisiert wird, wo es möglich ist. Planungs- und kostenintensive Umbauten können zunächst ausgespart und als Mischverkehr geführt werden, wenn klar ist, das z.B. vor und nach derartigen Stellen (z.B. Kreuzungen) der Radverkehr auf der Fahrbahn geführt wird.

Die bestehenden Hamburger Alltagsrouten 3 und insbesondere 2 sollen weiter ausgebaut werden. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Fahrradforums, das wir fortsetzen möchten, soll eine Erweiterung des Eimsbütteler Fahrradroutenkonzepts um weitere Routen – gerade auch Querverbindungen – in die Außenbereiche des Bezirks erarbeitet werden. Weiterhin soll ein Radschnellweg-Konzept aus dem Umland nach Eimsbüttel entwickelt werden.

Fahrradstraßen, in denen nur der Anlieger-Kraftfahrverkehr zugelassen ist, haben sich bereits in einigen Straßen des Kerngebiets bewährt. Es soll daher im Rahmen des Fahrradforums untersucht werden, in welchen weiteren Straßen Fahrradstraßen eingeführt werden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel zur Förderung des Radverkehrs im Haushalt gesondert ausgewiesen werden.

Deshalb werden wir 15 % der Rahmenzuweisung für Straßenbau und -sanierung für die Radverkehrsförderung reservieren.

Straßenschäden und -sanierung

Der Zustand der Straßen, Geh- und Radwege soll weiter verbessert werden, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Wir wollen die dringend notwendige Sanierung der Nebenflächen vorantreiben. Künftig sollen bei allen Fahrbahnsanierungen (soweit dies erforderlich ist) auch die anliegenden Gehwege in Stand gesetzt werden, ebenso wie die Radwege, falls nicht eine sichere Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn hergestellt werden kann. Bei der Straßensanierung haben für uns die Busstrecken Vorrang.

Fahrradparken

Eimsbüttel ist Vorreiter bei den Fahrradparkhäuschen, mit denen Anwohnerinnen und Anwohner sich einen sicheren und trockenen Abstellplatz für ihr Rad schaffen können. Wir wollen diese weiter fördern. Außerdem wollen wir durch neue – wo möglich auch überdachte – Fahrradbügel mehr Abstellplätze für Fahrräder schaffen.

Strukturen für ein besseres Fahrradklima

Das vom Bezirk in Auftrag gegebene Fahrradkonzept soll schnell verwirklicht werden. Es ist Teil der Radverkehrsstrategie für Hamburg, die wir ebenfalls im Bezirk verwirklichen wollen. Wir wollen das Fahrradforum, bei dem die Förderung des Fahrradverkehrs von den verschiedenen Beteiligten vorangetrieben werden kann, einmal jährlich fortsetzen. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Mitarbeiter der Abteilung Management des öffentlichen Raumes mit Blick auf aktuelle Vorgaben der „Empfehlung für Radverkehrsanlagen“ und der Straßenverkehrsordnung geschult werden.

StadtRAD

Wir unterstützen, dass das StadtRAD-Netz in Eimsbüttel in Richtung der Außenstadtteile ausgeweitet wird. Die Stadtteilzentren wie Stellingen, Eidelstedt, Lokstedt oder Niendorf, die vom Kerngebiet mit dem Rad problemlos erreichbar sind, sollen StadtRAD-Stationen erhalten. Zudem sollen wohnortnahe Stationen abseits der Schnellbahnhaltestellen gebaut werden.

Stadtmöblierung

Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtmöbel, insbesondere die sogenannten „Stadtinformationsanlagen“, bei begründeten Sicherheitsbedenken der Bürgerinnen und Bürger versetzt werden können. Wir möchten bei der Genehmigung der Stadtinformationsanlagen ein Entscheidungsrecht für die Bezirksversammlung festlegen.

Autobahndeckel

Wir begrüßen die Überdeckelung der Autobahn A 7 in Stellingen und Schnelsen. Wir setzen uns dafür ein, die Baumaßnahmen so zu gestalten, dass sie für die Anwohnerinnen und Anwohner ebenso wie für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (insbesondere Pendlerinnen und Pendler) erträglich sind.

Dafür fordern wir die Umsetzung des Verkehrsleit- und Informationskonzeptes zum Ausbau und zur Erweiterung der BAB A 7.

Weiterhin soll die Gestaltung der Deckeloberflächen beteiligungsorientiert und transparent umgesetzt werden.

Reduzierung von Straßenlärm

Im Bereich Straßenlärm, insbesondere entlang der großen Hauptverkehrsachsen, unterstützen die Koalitionspartner alle Maßnahmen, die zu einer Entlastung der Bevölkerung führen. Der Lärmaktionsplan des Senats soll in Eimsbüttel umgesetzt und erweitert werden. Wir begrüßen bauliche Maßnahmen – wie etwa Flüsterasphalt – und ein Nachtfahrverbot für LKW. Zudem möchten wir in Wohnstraßen ein Durchfahrverbot für LKW über 7,5 Tonnen einrichten.

Erstmalige endgültige Herstellung von Straßen

Bei der erstmaligen endgültigen Herstellung von Straßen halten wir an der bisherigen Praxis in Eimsbüttel fest, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu informieren und in einem geordneten Verfahren zu beteiligen.

Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz

Der Bezirk Eimsbüttel bietet eine große Zahl grüner Oasen, die innerhalb der dichten Bebauung im hektischen Stadtleben einen hohen Erholungswert für die Menschen und eine wichtige ökologische Funktion haben. Wir setzen uns für den Schutz und die Pflege unserer Grünflächen ein und werden Landschaftsachsen vor Baubegehrlichkeiten sichern.

Von großer Bedeutung für Eimsbüttel ist der einzige Wald des Bezirkes: das Niendorfer Gehege. Das von den Koalitionspartnern auf den Weg gebrachte und beschlossene Gesamtkonzept wollen wir umsetzen und weiterentwickeln.

Im Bezirk sollen Neubebauungen vorrangig nur auf schon versiegelten Flächen erfolgen. Wo immer möglich, sollen Flächen entsiegelt werden. Die Koalitionspartner setzen sich weiterhin für eine ökologisch ausgerichtete, naturnahe, extensive Pflege des öffentlichen Grüns ein. So sollen Wildwuchsfelder ausgewiesen werden und alte absterbende Bäume an für Menschen sicheren Standorten erhalten werden.

Kleingärten haben in Deutschland eine große Tradition und sind in urbanen Räumen von großer sozialer Bedeutung. Die Koalitionspartner werden dem auf bezirklicher Ebene Rechnung tragen und sich für die Kleingärten einsetzen. Ebenso wollen wir weiterhin Urban Gardening Flächen identifizieren und für engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen.

Wir sind stolz darauf, dass Eimsbüttel ein grüner Bezirk mit flächendeckend hohem Baumbestand ist. Damit das so bleibt, wollen wir uns dafür einsetzen, dass in Eimsbüttel an den Straßen und in den Parks mindestens so viele Bäume gepflanzt wie gefällt werden, um den anhaltenden negativen Trend umzukehren. Zur nötigen Kontrolle sollen die Baumfälllisten zukünftig mit dem Votum der Behörde – aber vor Erteilung einer Genehmigung dem für „Grün“ und „Umwelt“ zuständigen Ausschuss vorgelegt werden. Darüber hinaus wollen wir privates Engagement für den Erhalt sowie die Neu- und Nachpflanzung – etwa in Form von privaten Baumpatenschaften und der Straßenbegleitgrünpflege – unterstützen. Wir wollen nachhaltige Pflegekonzepte sowie die Pflanzung gerade von jenen Bäumen, die ein hohes Maß an Biodiversität gewährleisten, befördern.

Lärmschutz ist für den Umweltschutz in Eimsbüttel ein wichtiges Thema. Wir machen uns für die Umsetzung der Lärmaktionsplanung stark. Durch die strikte Einhaltung des Nachtflugverbots, einer deutlichen Verringerung der Ausnahmegenehmigungen sowie einer nach Lärmemissionen gestaffelten Start- und Landegebühr wollen wir betroffene Anliegerinnen und Anlieger weiterhin vor Fluglärm schützen.

Wir setzen uns als Koalition dafür ein, dass die Gewässer in Eimsbüttel weiterhin renaturiert werden. Offene Wasserläufe fördern die Artenvielfalt in der Stadt. Mehr erlebbare Natur ist die Folge. Wir unterstützen daher ebenso die Bemühungen der Naturschutzverbände, Gewässer als Lebensräume zu erhalten bzw. umzuwandeln. Zusätzlich sollen weitere Retentionsflächen identifiziert und ausgewiesen werden. Diese Maßnahmen tragen zu einem nachhaltigen Hochwasserschutz für die betroffenen Gebiete bei und werden von den Koalitionspartnern deshalb nachdrücklich unterstützt.

Verbraucherschutz

Wir setzen uns für Transparenz und größtmögliche Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher ein. Der Bezirk nimmt im Bereich Lebensmittelsicherheit die Kontrolle der Hygiene bei der Gewinnung, Zubereitung und Behandlung von Lebensmitteln wahr und leistet umfassenden Schutz vor Gesundheitsgefährdung. Gerade diese Bereiche müssen im Sinne der Verbraucherinnen und

Verbraucher von Einschnitten verschont bleiben. Den eingeschlagenen Weg zur Verbesserung und Neuaufstellung der Lebensmittelüberwachung werden wir weiter begleiten.

Bildung

Hamburg als kreative Stadt braucht Bildungs- und Betreuungsangebote, die allen Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen und sie individuell fördern – und das unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und damit ein Grundpfeiler der Demokratie.

Eimsbüttel bietet ein vielfältiges Bildungs- und Betreuungsangebot. Von der Kita bis zur Universität sind alle Bildungseinrichtungen vertreten. Bei der zukünftigen Entwicklung wollen wir mitwirken und u.a. die Regionalen Bildungskonferenzen als wichtiges Instrument der Kommunikation und Bildungs-koordination fördern und weiter entwickeln.

Kitas und Grundschulen bilden die Grundlage für den weiteren Bildungserfolg von Kindern. Deshalb ist es für uns wichtig, alle Kinder einzubeziehen. Unser Ziel ist, dass Kitas und Grundschulen eng kooperieren und als „Bildungshäuser“ auch den Eltern z.B. Erziehungshilfen und Sprachkurse anbieten können.

Um gezielt Kinder- und Bildungsarmut sowie sozialer Ausgrenzung in der Gruppe entgegenzuwirken, gehört für uns ein kostenloses Frühstück in jeder Kita und in der Tagespflege dazu. Für diese Qualitätsentwicklung werden wir uns einsetzen.

Die Schaffung eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes an allen Grundschulen sehen wir als einen wichtigen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die ganztägige Bildung und Betreuung werden wir weiterentwickeln, indem wir die Schulen mit verschiedenen Trägern und Einrichtungen im Stadtteil zur Planung dauerhafter Kooperationen zusammenbringen. Dabei setzen wir uns für eine Zusammenarbeit auf „Augenhöhe“ ein, so dass eine regionale Bildungslandschaft entstehen kann.

Bei den weiterführenden Schulen in Eimsbüttel findet sich ein vielfältiges Angebot. Neben dem acht-jährigen Gymnasium gibt es gute Stadtteilschulen, die alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur nach neun Jahren anbieten. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dieser Schulstruktur und wünschen die Fortführung von G8 an den Gymnasien.

Gymnasien und Stadtteilschulen werden wir dabei unterstützen, Bildungszentren im Stadtteil zu werden. Schulbibliotheken wollen wir zugleich als öffentliche Bibliotheken gestalten, um auf diese Weise das Miteinander der Menschen im Stadtteil, auch das Miteinander von Jung und Alt, zu fördern.

Nach wie vor ist das Coming-out für junge Lesben und Schwule sehr schwierig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in den weiterführenden Schulen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für sie benannt werden, um den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung sicherzustellen.

Die Unterstützung von Schulen und Kitas bei der Umsetzung der Inklusion auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Diese Herkulesaufgabe darf nicht auf Grund- und Stadtteilschulen beschränkt bleiben, auch Gymnasien sollen ihren Beitrag leisten. Zudem wollen wir, dass Inklusion an Schulen und Kitas nicht nur gelingt, sondern in den Stadtteil ausstrahlt. Die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt und „Anderssein“ in allen Lebensbereichen macht unsere Stadtteile reicher und menschlicher.

Wir betrachten Umweltbildung als eine der zentralen Aufgaben des Schullebens – letztlich geht es um die Sicherung einer natürlichen und gesunden Lebenswelt für alle Menschen. Dabei kommt der Nutzung außerschulischer Lernorte besondere Bedeutung zu.

Konkret wollen wir z.B. Patenschaften für öffentliche Grünflächen, Projekte zur ökologischen Schulhofgestaltung oder auch von Schülerinnen und Schüler durchgeführte Energiesparmaßnahmen an Schulen anregen.

Schulflächen sollen nach unserem Willen nicht für schulfremde Zwecke bebaut werden, sondern auch außerhalb der Schulzeit für Kinder und Jugendliche als Lebensraum zur Verfügung stehen.

Wir wollen den Einbau von Produktionsküchen an möglichst vielen Ganztagschulen erreichen, um gesunde Ernährung als Lernziel an Schulen verankern zu können.

Die Sicherheit von Schulwegen wollen wir gemeinsam mit den Schulen und der Polizei überprüfen, da das Ziel sein muss, dass Kinder und Jugendliche „ihren“ Schulweg allein meistern.

Integration

In Eimsbüttel leben und arbeiten viele Menschen mit Migrationshintergrund. Auch diesem Teil der Bevölkerung soll die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Dabei begreifen wir Integration als einen zweiseitigen Prozess.

Als zentrale Grundlage soll hierfür das bereits gemeinsam erarbeitete Konzept „Vielfalt in Eimsbüttel“ dienen. Zudem soll das interkulturelle Forum fortgeführt und konzeptionell weiterentwickelt werden. Hierbei möchten wir Eimsbütteler Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bei Einbürgerung und Mitgestaltung unterstützen.

In einem bunten Eimsbüttel soll auch religiöse Vielfalt gelebt werden. Wir möchten die Unterstützung der unterschiedlichen religiösen Gemeinden in unserem Bezirk sicherstellen.

Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die unterschiedlichen Integrationsprojekte und die verschiedenen Einrichtungen mit Angeboten für Migrantinnen und Migranten im Bezirk unterstützt und gefördert werden.

Wichtig ist, dass betreffende Angebote nicht immer interkulturell sein müssen. Kulturelle Angebote aus betreffenden Herkunftsländern können hinreichend Gegenstand der Integrationspolitik sein, um die Teilhabe der Gruppen zu sichern und um die Willkommenskultur zu fördern. Das Ziel ist es, übergreifend eine Gleichberechtigung aller kulturellen Gruppen in Eimsbüttel zu erreichen.

Neben Sportangeboten mit einem hohen Integrationspotential, soll auch die interkulturelle Arbeit im Bezirk, z.B. der Interkulturellen Begegnungsstätte, weiterhin gefördert und gesichert werden.

Das Bezirksamt Eimsbüttel soll mit gutem Beispiel vorangehen und der kulturellen Vielfalt in Eimsbüttel Rechnung tragen. Die einzelnen Handlungsfelder zur interkulturellen Öffnung und Antidiskriminierung sollen z. B. sein:

- Fortbildungen für interkulturelle Kompetenzen für die Beschäftigten des Bezirksamtes
- die schrittweise Einführung mehrsprachiger Webseiten, Broschüren und soweit möglich Formulare

Sport

In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie Integration, Bildung, Gesundheit und Lebensqualität hat der Sport eine grundlegende Bedeutung. Sport ist integrativ, überwindet soziale Grenzen und vermittelt zentrale gesellschaftliche Werte. Auch im Bereich der Inklusion kommt dem Sport zunehmend eine wichtige Bedeutung zu. Daher spielt der Sport im kommunalpolitischen Handeln der Koalitionspartner eine elementare Rolle – das Thema „Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“ gehört sogar zu den bezirklichen Leitprojekten.

Die integrative Kraft des Sports und seine Prägung der Stadtteilkultur möchten die Koalitionspartner weiter fördern.

1. Weitere Verbesserung der bezirklichen Sportinfrastruktur

In den letzten Jahren haben wir im Bezirk viel für den Sport erreicht: Die Lehrschwimmbecken in Eidelstedt (Lohkampstraße), in Niendorf (Paul-Sorge-Straße) und in Rotherbaum (Turmweg) blieben erhalten und wurden umfangreich saniert.

Viele moderne Kunstrasenplätze sind entstanden und wurden mit bezirklichen Mitteln gefördert: beim TuS Germania Schnelsen am Riekbornweg, für den ETV an der Bundesstraße, für den SC Victoria am Lokstedter Steindamm, für Eintracht Lokstedt an der Döhrnstraße, bei Grün-Weiß Eimsbüttel auf der Sportanlage Tiefenstaaken und zuletzt für den HEBC an der Tornquiststraße.

Weitere Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen sind in Vorbereitung bzw. in Arbeit:

1.1 Die Koalitionspartner setzen sich für die zügige Realisierung der seit längerer Zeit geplanten Umgestaltungen (neue Kunstrasenplätze und Umkleidebereiche)

- am **Furtweg in Eidelstedt** und
- am **Niendorfer Bondenwald**

ein.

1.2 Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass die **Sportanlage an der Gustav-Falke-Straße** in einen Kunstrasenplatz umgewandelt wird. Auf Initiative der Koalitionspartner wurde im Mai 2014 ein Weg aufgezeigt, wie mit Sportstättenanierungsmitteln, bezirklichen Sondermitteln sowie finanzieller Beteiligung der Sportvereine (FC Alsterbrüder / ETV) und der umliegenden Schulen eine Gesamtfinanzierung des Vorhabens gelingen kann. Die Koalitionspartner arbeiten mit allen Akteuren weiter an der Umsetzung des Vorhabens.

1.3 Für den **Sport in Stellingen** zeichnet sich eine attraktive Perspektive ab: Auf dem Gelände des jetzigen Informatikums sollen nach dessen Verlagerung neue Kunstrasenplätze entstehen. Die Koalitionspartner unterstützen dieses Vorhaben und treten für die frühzeitige Einbindung der nutzenden Vereine bei den Planungen ein.

1.4 Für anstehende Investitionen in Sportstätten ist das neue **Fachamt Bezirklicher Sportstättenbau** Hamburg-Mitte zuständig, das bezirksübergreifend einen jährlichen Handlungsplan sowie einen zweijährigen Maßnahmenplan erarbeitet. Grundlage für die Vorschläge ist ein **baulicher Zustandsbericht** sowie Prioritätensetzungen in den einzelnen Bezirken. Die Koalitionspartner begrüßen diese Vorgehensweise auf Grundlage objektiver Kriterien und fordern eine regelmäßige Kontrolle und transparente Aktualisierung des Berichts über den baulichen Zustand öffentlicher Sportanlagen (Soll-Ist-Abgleich).

- 1.5 Der Handlungsplan des Fachamtes wird von einem „**Beirat Bezirklicher Sportstättenbau**“ beschlossen, der 2013 eingerichtet wurde. In diesem Beirat sitzen Vertreter des Fachamtes Bezirklicher Sportstättenbau, des Sportamtes, des HSB und auch der Hamburger Bezirksversammlungen. Die Maßnahmenplanung für Eimsbüttel wurde bisher einvernehmlich und in enger Abstimmung zwischen den Eimsbütteler Vertretern im Beirat, dem bezirklichen Sportreferat und dem für Sport zuständigen bezirklichen Ausschuss vorgenommen. Die Koalitionspartner treten weiter für eine transparente und enge Abstimmung mit allen Akteuren bei der bezirklichen Maßnahmenplanung ein.
- 1.6 In der Hamburger Dekadenstrategie „HAMBURGmachtSPORT“ nimmt sich die Stadt vor, bis Ende der Dekade seine staatlichen Sportanlagen saniert und leistungsgerecht ausgestattet zu haben. Die Umsetzung der Sanierung der Sportanlagen wird vom Beirat Bezirklicher Sportstättenbau begleitet. Die bisher bereitgestellten Mittel haben schon zu einer deutlichen Steigerung des baulichen Zustandes der öffentlichen Sportanlagen beigetragen. Die Koalitionspartner werben dafür, dass die **Sanierung der öffentlichen Sportstätten** auch im Jahr 2016 (und darüber hinaus) fortgesetzt werden kann und die **entsprechenden Haushaltsmittel** in gleicher Höhe wie 2015 fortgeschrieben werden.
2. Sport muss bezahlbar sein. Deshalb treten die Koalitionspartner weiter dafür ein, dass die Nutzung der **Sportstätten für die Vereine entgeltfrei** bleibt. Wir begrüßen das Engagement von Vereinen bei Neubau-, Sanierungs- und Pflegemaßnahmen auf vereinseigenen Anlagen.
3. Die Koalitionspartner setzen sich für **Programme wie „Kids in die Clubs“** ein, damit alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer finanziellen Situation ihre Kinder an Sportaktivitäten im Verein teilnehmen lassen können.
4. **Enge Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen** werden im Zuge der Auswertungen der Ganztagschul-Angebote immer wichtiger. Im Bezirk haben wir hier schon einige gelungene Beispiele. Wir wollen weiter behilflich sein, die Schulen mit den in den Stadtteilen verankerten Sportvereinen zusammenzubringen und passende Kooperationsmodelle zu entwickeln. Schule und Kooperationspartner sollen sich auf Augenhöhe begegnen. Wir treten auch für die Einbindung kleinerer Vereine in die Ganztägig Betreute Schulen (GBS) ein.
5. Sport findet nicht nur in Vereinen und auf öffentlichen Sportanlagen statt, sondern beispielsweise auch auf Bolzplätzen, Laufstrecken oder Trimm-Dich-Pfaden. 2009 wurde das Thema **„Bezirkliche Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“** zu einem der bezirklichen Leitprojekte. Gerade da Eimsbüttel stärker als andere Bezirke besiedelt ist, besteht ein großer Bedarf an wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten und gepflegten Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen. Die Angebote müssen auch den unterschiedlichen Bedürfnissen von Jung und Alt, Kindern und Jugendlichen, Mädchen und Jungen entsprechen. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass sich in den nächsten Jahren ein Workshop der Bezirklichen Entwicklungsplanung dem Thema „Bezirkliche Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen“ widmet.
6. Die Bezirksversammlung Eimsbüttel zeichnet jährlich Sportlerinnen und Sportler aus dem Bezirk im Rahmen einer **Sportlerehrung** aus und stellt hierfür bezirkliche Mittel bereit. Neben erfolgreichen Sportlerinnen und Sportlern jeden Alters werden hierbei auch Ehrenamtliche aus dem Sport ausgezeichnet. Wir wollen das erfolgreiche Format der Sportlerehrung fortsetzen und ausweiten. Die Koalitionspartner nehmen sich vor, **künftig auch Inklusionsarbeit im Rahmen der Sportlerehrung zu würdigen**.

Jugendhilfe

Unsere Kinder sind unsere Zukunft und deshalb gehört den Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen unsere besondere Aufmerksamkeit. Alle Kinder haben das Recht auf schützende und fördernde Bedingungen für ihre Entwicklung, aber nicht alle Kinder finden diese Bedingungen vor – deshalb sind wir als Bezirkspolitik in der Pflicht. Weil diese schützenden und fördernden Bedingungen von Anfang an gewährleistet sein müssen, werden wir uns für die Stärkung und den Ausbau der Frühen Hilfen, insbesondere der erfolgreichen Arbeit der Familienhebammen in Eimsbüttel, einsetzen. Diese niedrigschwelligen Angebote in einer sehr frühen Lebensphase stellen neben den anderen Maßnahmen im Bereich Frühe Hilfen einen nachhaltigen Beitrag zum Kinderschutz dar, weil Mängel in der Versorgung und Entwicklung frühzeitig erkannt und behoben werden können.

Die Koalitionspartner begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Vorhaben des Senates, den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) in den Bezirken personell und qualitativ zu verstärken. Es ist uns wichtig, dass die Personalfuktuation verringert und die Belastungssituation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert wird. Die fachliche Debatte über die Rahmenbedingungen der Arbeit des ASD werden wir weiter verfolgen und auswerten. Wir werden in dieser Wahlperiode weiterhin im Jugendhilfeausschuss besondere Fälle von Kindeswohlgefährdung prüfen und begleiten.

Im Rahmen der Stärkung des Kinderschutzes durch U-Untersuchungen unterstützen die Koalitionspartner alle Maßnahmen, die zu einer verbindlichen Verbesserung der Lebensumstände der Kinder führen. Hier werden wir uns bei den entsprechenden Gremien dafür stark machen, dass neben den Kriterien für die gesunde physische Entwicklung von Kindern auch Kriterien für eine gesunde psychische Entwicklung in die U-Untersuchungen aufgenommen werden.

Wir werden uns für eine verbesserte Kooperation von vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen einsetzen. Dies gilt insbesondere beim Übergang in die Grundschule z.B. bei der gemeinsamen Durchführung von Viereinhalbjährigen- Untersuchungen durch Kitas und Schulen.

Die Koalitionspartner begrüßen die erfolgreiche Zusammenarbeit von freien Trägern der Jugendhilfe mit Eimsbütteler Schulen im Rahmen des Konzeptes "Ganztägig Betreute Schulen" (GBS). Die Weiterentwicklung der Qualität von Ganztagschulen in Eimsbüttel unter Beteiligung der freien Träger der Jugendhilfe und des Bezirklichen Eltern-Ausschusses (BEA) wird von den Koalitionspartnern eingefordert und unterstützt.

Ein wichtiges Thema für die Koalitionspartner stellt „Inklusion“ dar. Eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder an Bildungseinrichtungen muss gewährleistet sein, ohne dass dabei eine Gruppe ins Hintertreffen gerät. Eltern sollen in die Planung und Durchführung aller Maßnahmen aktiv einbezogen sein. Ebenso setzen sich die Koalitionspartner für gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Inklusion“ von allen in der Schule tätigen Kräften (inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) ein.

Der eigenständige Charakter der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und die besonderen pädagogischen Chancen außerschulischer Bildung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Die Angebote und Möglichkeiten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind neben und in der Schule wichtige Pfeiler erfolgreicher Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Eimsbüttel, die es zu schützen gilt. Deshalb werden die Koalitionspartner alles dafür tun, dass diese Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft von finanziellen Einschnitten verschont bleiben.

Auch als Basis für die sozialräumlichen Hilfsangebote ist eine verlässliche Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unabdingbar.

Wir werden Einrichtungen fördern und weiterentwickeln, die Familien bei der Bewältigung ihres Erziehungsauftrages unterstützen. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass bei allen notwendigen Umstrukturierungen im Bereich der Familienförderung und Familienhilfe, z.B. bei der geplanten Umstrukturierung der Erziehungsberatungsstellen, pädagogische und soziale Überlegungen immer den Vorrang haben müssen.

Jugendliche in Eimsbüttel brauchen darüber hinaus Räume in der Öffentlichkeit, die ihnen die Möglichkeit des Zusammenkommens ermöglichen. Diese können auch pädagogisch nicht betreute Orte (z.B. sog. Unterstände) sein, die lediglich regelmäßig auf ihre Sauberkeit hin überprüft werden.

Bei der Vergabe von bezirklichen Sondermitteln werden wir weiterhin Projekte für Kinder und Jugendliche bevorzugt berücksichtigen. So werden wir beispielsweise die Finanzierung des Eimsbütteler Kinderferienprogramms weiterhin absichern. Als eine Grundlage für mögliche Förderungen soll in dieser Wahlperiode eine systematische Jugendhilfeplanung erstellt werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben im öffentlichen Bereich ist finanziell so abzusichern, dass sie die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen in die Bezirkspolitik einzubringen. Dabei ist das Ziel der Koalitionspartner, die Einrichtung einer eigenen kontinuierlichen Vertretung für Jugendliche in Eimsbüttel zu schaffen.

Soziales

Eine engagierte Sozialpolitik ist unverzichtbar, um das gelingende Miteinander von Arm und Reich sowie Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Hautfarbe zu erhalten und die Lebensbedingungen derjenigen, die Hilfe benötigen, zu verbessern.

Dies ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden deshalb bestehende Konzepte und Projekte weiterentwickeln und im Rahmen der Möglichkeiten ausbauen.

Aktiv und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, das wollen auch die älteren Menschen in den Stadtvierteln. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass der bezirkliche Seniorenbeirat an allen politischen Entscheidungen des Bezirks mitwirken kann. Wir werden ihn weiterhin eng in die Entwicklung und Umsetzung seniorenspezifischer Maßnahmen einbinden.

Für ältere Menschen ist es wichtig, dass sie eine Infrastruktur vorfinden, in der sie sich frei und sicher bewegen können. Daher setzen wir uns für mehr öffentliche Toiletten und seniorengerechte Bänke ebenso ein, wie für den weiteren Ausbau der Barrierefreiheit bei U-Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden und Parkanlagen.

Die „Seniorentreffs“ entwickeln wir behutsam zu nachbarschaftlichen, generationenübergreifenden, interkulturellen Begegnungs- und Unterstützungszentren weiter.

Da gerade das Älterwerden in den eigenen vier Wänden eine immer größere Rolle spielt, werden wir neue, innovative Wohnformen wie Wohnpflegegemeinschaften (z.B. Demenz-WGs) und seniorengerechten Wohnraum fördern.

Wir werden uns in dieser Wahlperiode zudem weiterhin dafür einsetzen, dass die Inhalte des Eimsbütteler Seniorenleitbildes umgesetzt und fortwährend weiterentwickelt werden.

Verschiedene Projekte und Quartiershäuser wurden in den letzten Jahren mithilfe der Quartiersfonds im Bezirk finanziert. Diese soziale Stadtteilpolitik soll fortgeführt werden. Zudem setzen wir uns zum einen für die Verstärkung der Finanzierung solcher Häuser ein. Zum zweiten sollen diese öffentlichen Quartierszentren konzeptionell weiterentwickelt werden. Hier sehen wir auch die Möglichkeit eine Bandbreite an unabhängigen Beratungsangeboten anzusiedeln, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, dass diejenigen Menschen im Bezirk, die Unterstützung benötigen, frühzeitig Zugang zu sozialen sowie sozialrechtlichen Hilfsangeboten finden.

Ebenfalls möchten wir schrittweise erreichen, dass der Versorgungsbedarf für Obdachlose gedeckt wird und Angebote für Obdachlose in unserem Bezirk vorgehalten werden. Insbesondere die Tagesaufenthaltsstätte in der Bundesstraße und die Kemanate leisten in unserem Bezirk hierbei eine unverzichtbare Arbeit, die wir weiter unterstützen werden.

Die ehrenamtliche Arbeit ist eine wichtige Säule des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass das ehrenamtliche Engagement auch weiterhin durch die Verleihung des Bürgerpreises gewürdigt und gefördert wird.

Die Eimsbütteler Mittel des Quartiersfonds werden wir vornehmlich in ehemaligen und aktuellen Fördergebieten der Stadtteilentwicklung sowie in sog. Verdachtsgebieten für die Sicherung und Weiterentwicklung der Strukturen in der Stadtteilarbeit sowie der Stadtteil- und Quartiersentwicklung einsetzen.

Flüchtlingsunterbringung

Auch in den nächsten Jahren werden viele Menschen, die zum Beispiel vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht sind, bei uns Zuflucht suchen. Die Unterbringung der wachsenden Anzahl der Flüchtlinge ist für Hamburg eine anspruchsvolle, aber auch lösbare Aufgabe. Eimsbüttel hat in der vergangenen Wahlperiode einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Schaffung neuer Unterbringungsplätze geleistet. Die Koalition wird ihre Verantwortung gegenüber der Stadt und den zu uns fliehenden Menschen auch weiterhin wahrnehmen. Dabei orientiert sie sich am Strategiepapier zur Zentralen Erstaufnahme und öffentlich-rechtlichen Unterbringung im Bezirk Eimsbüttel vom Februar 2014. Wir wollen dabei wenn möglich feste Unterkünfte finden. Container-Dörfer sollten die Ausnahme bleiben. Wenn zukünftig Unterkünfte für Flüchtlinge in festen Häusern erstellt werden, wollen wir sicherstellen, dass die geschaffenen Kapazitäten in diesem Umfang auch langfristig für öffentliche Unterbringung (z.B. für Wohnungslose) oder andere Sonderwohnformen zur Verfügung stehen. Dort, wo sich Wohnunterkünfte für Flüchtlinge befinden oder neu entstehen, werden wir ehrenamtliches Engagement besonders fördern und helfen, die Lebensqualität von in unserem Bezirk lebenden Flüchtlingen zu steigern.

Gesundheit

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass ein wesentlicher Bestandteil ihrer Politik eine aktive Gesundheitsfürsorge für die Menschen in Eimsbüttel sein soll.

Gesundheit ist in allen Lebensphasen ein wichtiges Gut. Daher wollen wir sowohl für Kinder- und Jugendliche, wie auch für ältere und alte Menschen bezirkliche Gesundheitsprogramme entwickeln. Wir wollen eine integrierte Gesundheitsversorgung, in deren Mittelpunkt der Mensch und sein soziales Umfeld stehen und bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenarbeiten. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Prävention im Bereich der Kleinkinder und auf die Versorgung und Betreuung älterer Menschen legen, und dabei

- die Einrichtung einer Säuglingsambulanz in Eimsbüttel prüfen,
- verbesserte Kontrollen der Wahrnehmung der frühen und späteren U-Untersuchungen bei Kindern und Jugendlichen anregen, vorhandene Programme zur Förderung von Bewegung und gesunder Ernährung in Kitas und Schulen stärken, den Breitensport für Jung und Alt fördern
- und die Pflegestützpunkte stärken und bei Bedarf möglichst ausbauen.

Niedrigschwellige Beratungsangebote für verschiedene Krankheitsbilder und soziale Nöte wollen wir weiterentwickeln und stärken. Hierbei ist es uns wichtig, gruppenspezifische Hemmnisse abzubauen, z.B. für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigung.

Die erfolgreichen Flyer, in denen die Beratungs- und Hilfemöglichkeiten bei bestimmten Problemen, wie z.B. psychischen Erkrankungen, Demenz, Altersdepression, Medikamentenabhängigkeit, Burn Out, Messi-Dasein u.a., soll weiter erstellt werden. Ebenso sollen die Veranstaltungsreihen zu diesen Krankheiten und Problemen fortgesetzt werden.

Auf den bezirklichen Gesundheitskonferenzen sollen die wichtigen Themen der Gesundheitsförderung aufgegriffen und die jeweiligen Akteure so eingebunden werden, dass eine stabile Vernetzung hergestellt werden kann.

Der bezirkliche Suchtbeirat soll seine Arbeit wieder aufnehmen und die bestehenden Angebote gestärkt und notwendige neue initiiert werden.

Es soll einen regelmäßigen bezirklichen Gesundheitsbericht geben.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels dürfen nicht übersehen werden. Hierbei tritt die erhöhte Anzahl der Demenzerkrankungen immer mehr in den Mittelpunkt. Wir möchten die Handlungsfähigkeit des Bezirkes hierbei nachhaltig verbessern. Es soll ein Konzept entwickelt werden, wie die Versorgung von Demenzerkrankten und ihren Familien in den nächsten Jahren sichergestellt und eine höhere Anzahl der Erkrankten bzw. Pflegebedürftigen bewältigt werden kann.

Frauen

Noch immer gibt es ein Gefälle bei den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Geschlechter, wie die Ergebnisse von Untersuchungen zu den Themen Mehrfachbelastung von Frauen, Altersarmut von Frauen, Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Ungleichheit der Bezahlung von Frauen und Männern immer wieder deutlich belegen. Hamburg bildet dabei keine Ausnahme.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk Eimsbüttel auf Grundlage einer Befragung analog der Seniorenbefragung einen Frauenbericht erstellt, der Aufschluss über die soziale und ökonomische Situation von Frauen im Bezirk gibt. Zudem soll der Frauenbericht ausdrücklich auch die Situation in der eigenen Verwaltung, sowie den halbstaatlichen Einrichtungen (z. B. Kindertagesstätten) widerspiegeln. Die im Bezirk Eimsbüttel verankerten Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, besonders auch solcher mit Migrationshintergrund, wollen wir weiter unterstützen, erhalten und dafür sorgen, dass sie nicht von Einschränkung des Angebotes oder Schließung bedroht werden.

Inklusion / Gleichstellung

Die Kernelemente der Gleichstellungspolitik der Koalition sind Chancengleichheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Das bedeutet, dass wir uns dafür einsetzen werden, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die jeder Bürgerin und jedem Bürger die selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglicht. Wir sehen Gleichstellung als Querschnittsaufgabe. Unsere umfassende Gleichstellungsperspektive schließt die Gleichstellung der Geschlechter, der Menschen mit Beeinträchtigungen, der Menschen mit Migrationshintergrund und der Lesben, Schwulen und Transgender in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

Wir möchten daran weiterarbeiten, dass die Barrierefreiheit für Menschen mit Beeinträchtigungen volle Anwendung findet. Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention beschreibt dieses Ziel: „Dem Grundsatz der Zugänglichkeit / Barrierefreiheit kommt bei der Umsetzung der UN-Konvention eine Schlüsselfunktion zu. Es geht darum, Barrieren und Zugangshindernisse aller Art, die behinderte Menschen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hindern können, zu identifizieren und systematisch abzubauen. Gemeint sind dabei Barrieren baulicher Art, aber auch Barrieren bzw. Hindernisse im Bereich Kommunikation und Information sowie im Kontakt von Menschen untereinander („Barrieren in den Köpfen“).“ Handlungsfelder sind hierbei u.a. weiterhin die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Räume, der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Dienstleistungen und zum öffentlichen Nahverkehr, barrierefreie Formulargestaltung und Information, Schaffung von mehr barrierefreiem bzw. barrierearmem Wohnraum. Um dem Ziel des Landesaktionsplans nach einer stärkeren Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht zu werden, wollen wir mit den hier tätigen Verbänden und Selbsthilfeorganisation prüfen:

- ob die Einrichtung eines Inklusionsbeirates im Bezirk Eimsbüttel eine geeignete Maßnahme wäre,
- wie die Ausgestaltung erfolgen sollte
- und ob die Verbände und Selbsthilfeorganisationen zur Mitarbeit bereit sind.

Wirtschaft und Arbeit

Eimsbüttel verfügt über große Betriebe und Unternehmen, die mit ihren vielen Arbeits- und Ausbildungsplätzen und ihrer Wertschöpfung den Bezirk zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort machen. Auch zahlreiche mittelständische und kleine Unternehmen, Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie ein attraktiver Mix an Einzelhandelsgeschäften, Restaurants und Kneipen prägen den Bezirk. Die konstruktive Zusammenarbeit mit den Betrieben vor Ort, die Verbesserung ihrer Standortbedingungen und die Berücksichtigung ihrer Interessen bei der öffentlichen Planung bilden die Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Daher soll die Eimsbüttler Wirtschaftsförderung erhalten bleiben und die Wirtschaftskonferenzen, die dem Erfahrungsaustausch, der Netzworkebildung und der Anregung für gemeinsame Projekte dienen, werden fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Auch auf lokaler Ebene wollen wir unsere Unternehmen dabei unterstützen, nachhaltig zu wirtschaften. Dabei geht es uns nicht nur um einen Betrag zur Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Emissionen, sondern auch ganz konkret um die Verbesserung unseres lokalen Lebensraumes. Wir wollen in der kommenden Wahlperiode konkrete Konzepte zur Förderung von nachhaltigen Innovationen im Bezirk erarbeiten. So könnte durch die Bezirksversammlung beispielsweise ein Wettbewerb initiiert werden, der Betriebe auszeichnet, die ökologische Innovationen im Bereich des täglichen Bedarfes in Eimsbüttel konzipieren und realisieren.

Der Bezirk Eimsbüttel bietet dank eines großen Anteils kleiner und mittlerer Unternehmen und zahlreichen kleineren Geschäften vielfältige Arbeitsangebote. Diese Unternehmen sichern durch geregelte und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse einen Teil des Wohlstands in unserem Bezirk. Es gilt, die hier ansässigen Betriebe in ihrem Bestand und im Hinblick auf Erweiterungsmöglichkeiten durch ausreichende Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen zu sichern.

Mischgebiete müssen verstärkt neben reinen Gewerbegebieten und reinen Wohngebieten möglich sein. Es ist uns wichtig, dass Arbeit und Wohnen verträglich miteinander verbunden wird. Das bedeutet für uns eine zukunftsfähige Stadtentwicklung.

Wohnungsnaher Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen – vom Schuster bis zum Friseur – machen den Alltag angenehm. Wir wollen Einkaufszentren, die den Bürgerinnen und Bürger eine Nahversorgung bieten, stärken. Hier setzen wir auf die Unterstützung durch lokales Quartiersmanagement.

Die bezirklichen Wochenmärkte sind für das gesellschaftliche und ökonomische Leben der Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler von großer Bedeutung und sollen nach unserem Willen in öffentlicher Hand bleiben. Wir wollen die Möglichkeiten der Gestaltung der Wochenmärkte im Sinne der Menschen in Eimsbüttel nutzen.

Kultur in Eimsbüttel

Das kulturelle Leben in Eimsbüttel ist vielfältig. Ganz unterschiedliche Richtungen und Genres prägen den Bezirk. Die Koalition will diesen Mix aus Hochkultur, Off-Kultur und Stadtteilkultur erhalten und fördern.

Stadtteilkultur und Stadtteilkulturzentren

Die Bürgerhäuser und Stadtteilkulturzentren möchten wir weiterhin stärken. Darüber hinaus sollen aber auch mehr Finanzmittel für kleinere Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Die Koalition setzt sich deshalb für die Erhöhung der Rahmenezuweisungen an den Bezirk Eimsbüttel im nächsten Doppelhaushalt der Landesebene unter Einbeziehung der in Eimsbüttel ansässigen Zuwendungsempfänger ein.

Unsere Kriterien für die Vergabe der Stadtteilkulturmittel möchten wir im Hinblick darauf, dass vermehrt neue, kleine und innovative Kulturprojekte gefördert werden, überarbeiten.

Zur besseren Vernetzung der Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen im Bezirk entwickeln wir ein Format für ein Netzwerktreffen.

Das Hamburg Haus soll auch zukünftig als wichtiger Kultur-Treff in Eimsbüttel erhalten bleiben. Wir wollen sicherstellen, dass die „Plattdeutsche Bühne“ dort ihre Spielstätte erhalten kann.

Das neue Gemeinschaftshaus in Stellingen soll auch Kulturzentrum für das Quartier werden.

Erinnerungskultur

Der in der letzten Wahlperiode initiierte Monat des Gedenkens ist gut in Eimsbüttel angenommen worden. Die Koalition spricht sich für die Fortsetzung des Monats des Gedenkens aus. Dieser soll vom Bezirk unterstützt werden.

Die Koalitionspartner setzen sich im Rahmen der Uni-Erweiterung für den Erhalt der Museen am Martin-Luther-King-Platz ein. Die Museen sollten in den Uni-Neubau oder in das Umfeld einbezogen werden.

Denkmalschutz

Die Koalition unterstützt und befördert die aktuellen Planungen für die Mutzenbecher- und die Amsinck-Villa.

Bei Bauvorhaben / Abrissanfragen, in denen es zu Konflikten mit dem Denkmalschutz kommt, werden wir dafür sorgen, dass die Politik im Vorwege informiert und an Entscheidungen beteiligt wird. Dazu werden rechtzeitig gemeinsame Gespräche mit den betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern / Projektentwicklungen, dem Denkmalschutzamt, der Bezirksamtsleitung und ggf. weiteren Vertreterinnen und Vertretern des Bezirksamtes sowie Vertreterinnen und Vertretern der einschlägigen politischen Ausschüsse geführt.

Inklusion

Damit Eimsbüttels Kulturangebote auch Menschen mit Behinderung zugänglich werden, wollen wir uns in dieser Wahlperiode intensiver mit dem Thema Inklusion beschäftigen.

Im Rahmen der Stadtteilkulturförderung wollen wir auch inklusive Angebote, z.B. das Dolmetschen in Gebärdensprache, unterstützen.

Kerngebiet

Das Kerngebiet von Eimsbüttel ist gekennzeichnet durch seine große Bevölkerungsdichte, die seine Attraktivität durch Vielfalt und lebendiges Miteinander ausmacht. Es ist auch die Heimat der wieder wachsenden jüdischen Gemeinde in Hamburg, die wir unterstützen und fördern.

Die Grünflächen und Parks im dicht gedrängten Kerngebiet sind für den Ausgleich und die Erholung besonders wichtig und brauchen nachhaltige Pflege und Aufmerksamkeit, um dem hohen Nutzungsdruck standzuhalten. Der Schutz des Alstervorlandes ist dabei ein herausragendes überregionales Anliegen, und die bisherigen Maßnahmen und Kriterien bedürfen einer neuerlichen Überprüfung.

Den Wehbers-Park wollen wir verschönern und das in ihm liegende Hamburg-Haus soll in seiner Funktion als Stadtteilzentrum für Jung und Alt ausgebaut werden.

Der ganze Eimsbütteler Grünzug soll genügend Bänke und kleinere Attraktivitätssteigerungen erhalten und für den Unna-Park soll endlich eine Toilettenlösung gefunden werden.

Bürgerbeete auf Baumscheiben und im Straßenbegleitgrün unterstützen wir unbürokratisch.

Am Isebekufer begleiten wir den neuen Anlauf, gemeinsam mit allen Akteuren den Bürgerentscheid zur naturnahen Gestaltung des Parks umzusetzen und zugleich eine sichere Fortbewegung auf den Rad- und Fußwegen herzustellen. Die Neugestaltung des U-Bahnhofplatzes wird Teil des Projektes sein.

Auch die Spiel- und Sportplätze müssen ertüchtigt werden. Insbesondere soll der Sportplatz an der Gustav-Falke-Straße auch mit unserer Unterstützung ein Kunstrasenfeld bekommen.

Das Wohnen im Stadtteil ist hochattraktiv und führt leider zu Verteuerung und Verknappung des Wohnraums. Dem wollen wir durch behutsame Nachverdichtung, möglichst durch sozialen Wohnungsbau und durch die Förderung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Eigentums- und Mietwohnungen entgegensteuern. Dazu gehört auch die Umsetzung der Sozialen Erhaltungsverordnungen Hoheluft-West und Eimsbüttel-Nord.

Die Einkaufsmöglichkeiten können noch verbessert werden, so z.B. durch den Erhalt der vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten im Grindelhof durch verkehrsberuhigende Maßnahmen und die Aufwertung der westlichen Seite der Hoheluftchaussee. Die beliebten Wochenmärkte am Schlump und an der Grundstraße prägen den Stadtteil und brauchen Unterstützung und Stärkung. Hierher gehört auch die Diskussion um die Veränderung der Marktzeiten und die Erstellung eines Switchpoints an der U-Bahn Schlump, den wir grundsätzlich unterstützen.

Ein Ärgernis für alle Bürgerinnen und Bürger sind die Rosa Müllbeutel auf den Straßen des Kerngebiets. An der Beseitigung dieses schwierigen Problems werden wir mit aller Kraft arbeiten.

Die Osterstraße umzugestalten, ist ein zentrales Vorhaben der nächsten Jahre. Die Koalitionspartner sehen das erfolgte Beteiligungsverfahren als wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Umgestaltung. Der Konflikt zwischen Rad- und Fußverkehr soll aufgelöst werden, indem der Radverkehr auf Radfahr- oder Schutzstreifen auf die Fahrbahn verlegt wird. Die Herstellung von Barrierefreiheit und die Neuordnung des ruhenden Verkehrs soll die Aufenthaltsqualität erhöhen. Der Verkehrsfluss auf der Osterstraße soll durch die baulichen Maßnahmen an die Bedürfnisse insbesondere der Fußgänger angepasst werden. Die statistische Auswertung aller Vorschläge bildet die Voraussetzung für die Umsetzung.

Dabei hat sich ein großer Bedarf herausgestellt, die Straße leichter überqueren zu können. Daher unterstützen wir die Planungsansätze, für schmalere Fahrbahnen an den Kreuzungen und Möglichkeiten zur Überquerung der Osterstraße abseits der Kreuzungen.

Die wesentlichen städtebaulichen Planungen für die anstehenden Universitätsbauten sind abgeschlossen. In der weiteren Planung zur Umsetzung der baulichen Universitätsentwicklung wollen wir weiterhin den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen, insbesondere zur Gestaltung von Wegen und Plätzen.

Mittelfristig müssen wir uns dem Uni-Standort Von-Melle-Park zuwenden und hier neuen Raum schaffen, wobei wir das ehemalige Postamt weiterhin als ideales und identifikationsstiftendes Gebäude für eine universitäre Nutzung sehen.

Wichtig ist uns, eine Verkehrsberuhigung der Bundesstraße und der Bau von Quartiersgaragen (Bundesstraße und Allende-Platz). Außerdem unterstützen wir unbedingt eine öffentliche, möglichst universitäre Nutzung der Alten Post und der Lindley-Gewerbeschule.

Das Uni-Mobilitätskonzept wollen wir umsetzen. Die einzelnen Umsetzungsschritte müssen vorab eng mit der Bezirkspolitik und allen beteiligten Akteuren abgestimmt werden.

Regionalbereich: Lokstedt, Niendorf, Schnelsen

Lokstedt

Kein Eimsbütteler Stadtteil ist in den letzten Jahren so stark gewachsen wie Lokstedt, vor allem Stadthäuser und Eigentumswohnungen sind entstanden. In den letzten Jahren sind daher viele Kita-Einrichtungen und Spielplätze neu geschaffen worden, die Sportanlagen im Stadtteil zählen zu den modernsten in Hamburg. Wir werden verstärkt auf sozialen Wohnungsbau und ein ausgewogenes Verhältnis von Miet- und Eigentumswohnungen achten und das soziale und kulturelle Leben im Stadtteil stärken.

Die Kommunalpolitik hat in der letzten Wahlperiode einstimmig einen Beschluss zum Thema „Perspektiven für Lokstedt“ gefasst. Mit dem Beschluss wurden Bezirksverwaltung und Behörden aufgefordert, in diversen für den Stadtteil wichtigen Bereichen Maßnahmen zu ergreifen, Planungen voranzutreiben und Perspektiven zu entwickeln.

Dies betrifft unter anderem die Themenbereiche Verkehr, die Entwicklung des Stadtteilzentrums rund um den Behrmanplatz oder die Perspektiven für die Lokstedter Lenzsiedlung.

Für alle Planungen hat die Kommunalpolitik eine enge Einbindung und Beteiligung der örtlichen Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Im Mai 2014 wurden erste Ergebnisse zur Umsetzung des Beschlusses in einer öffentlichen Sitzung des Regionalausschusses Lokstedt vorgestellt und dabei auch das weitere Vorgehen skizziert.

So sollen in einer öffentlichen Veranstaltung unter Einbeziehung der Stadtwerkstatt die Ergebnisse der fragebogengestützte Gespräche mit Lokstedter Bürgerinnen und Bürgern präsentiert werden. Abschließend erfolgt die Auswertung von Gesprächen und der Veranstaltung.

1. Die Koalitionspartner sprechen sich dafür aus, den angeschobenen **Beteiligungsprozess** fortzusetzen und die Ergebnisse für künftige Vorhaben als Grundlage zu nehmen.

2. **Zentrumsentwicklung**

Lokstedt braucht ein stärkeres Stadtteilzentrum. Mit dem Gelände am Behrmanplatz (THW und DRK) könnte ein wichtiger Beitrag dafür geleistet werden, wenn die Eigentümer der Flächen mitspielen. Aus Sicht der Koalitionspartner braucht es für den Bereich Behrmanplatz / Grelckstraße eine Mischung aus Wohnungsbau – auch im geförderten Bereich – sowie attraktiven gewerblichen Nutzungen, mit denen unter anderem der alltägliche Bedarf des Stadtteils gedeckt werden kann und die eine angemessene Aufenthaltsqualität bieten.

3. Die soziale Stadtteilpolitik in den letzten Jahren hat zu vielen Verbesserungen in der **Lokstedter Lenzsiedlung** geführt. Die positive Entwicklung der Rahmenbedingungen für das Leben in der Lenzsiedlung wollen wir gemeinsam mit den Akteuren vor Ort fortsetzen und stabilisieren.
4. Im Stadtteil Lokstedt sind in kürzester Zeit mehrere **Unterbringungen für Flüchtlinge** auf den Weg gebracht worden bzw. sind in Vorbereitung. Die Akteure aus dem Stadtteil, ehrenamtliche Unterstützung und das Umfeld leisten hierbei vorbildliche Arbeit. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer benötigen für ihre Arbeit Hilfe zur Koordination, Informationen und Unterstützung. Die Koalitionspartner setzen sich daher dafür ein, dass zur Koordinierung der ehrenamtlichen Hilfe personelle und finanzielle Unterstützung bereitgestellt wird.

5. Verkehr

Mit dem Bevölkerungszuwachs im Stadtteil nimmt auch der Verkehr auf Lokstedts Straßen zu. Ideen sind gefragt, die den Interessen der Lokstedterinnen und Lokstedtern entsprechen, aber auch allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gerecht werden. Neben vernünftigen Straßenverhältnissen und Streckenführungen, bedeutet dies auch attraktive Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr.

Nach Beendigung der laufenden Bau- und Verkehrsmaßnahmen soll für den Stadtteil ein neues Verkehrskonzept erarbeitet werden, das den jüngsten Entwicklungen Rechnung trägt. Dabei soll auch die Öffnung des Bötelkamps überprüft werden.

6. Durch gemeinsame Anstrengungen von Bürgerschaft und Bezirksversammlung kann endlich die historische **Amsinck-Villa** saniert werden. Die Sanierung und Nutzung des Gebäudes als Kita unterstützen wir.

Niendorf

Niendorf ist der flächenmäßig größte Stadtteil in Eimsbüttel und die „grüne Lunge“ des Bezirks. Der Dorfcharakter des alten Niendorfs ist an vielen Stellen noch erhalten. Die Niendorferinnen und Niendorfer schätzen die Ruhe und die vielen Grünflächen im Stadtteil.

In Niendorf hat man Stadtteilzentren am Tibarg sowie in Niendorf-Nord und als Besonderheit das Niendorfer Gehege, den 142 Hektar großen Stadtwald, vor der Tür. Diese Lebensqualität wollen wir bewahren, indem wir uns für eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und umsichtige Neubauplanung einsetzen.

1. Niendorfer Gehege

Die Koalitionspartner haben 2010 / 2011 gemeinsam mit vielen Akteuren – Umwelt-, Jugend- und Sportvereinen – ein Gesamtkonzept für das Niendorfer Gehege entwickelt, das von der Kommunalpolitik beschlossen wurde.

Das Konzept hat sich bewährt und viele Punkte aus dem Beschluss konnten umgesetzt werden. So wurden neue Wald- und Naturflächen angelegt (u.a. am Lokstedter Holt auf dem ehemaligen Betriebshof) und der Förster konnte bei seiner Arbeit unterstützt werden. Außerdem hat die Bezirkspolitik neue Bänke und einen neuen Unterstand finanziert, das Gebäude am Niendorfer Gehege 27 wurde hergerichtet und für die „Mutzenbecher-Villa“ wurde ein Nutzungskonzept gefunden, mit dem die Vorgaben des Bezirkes erfüllt werden könnten.

Für die kommenden fünf Jahre nehmen sich die Koalitionspartner vor:

- 1.1 Das Niendorfer Gehege wollen wir als Wald und damit als Erholungsfläche erhalten und naturnah weiterentwickeln. Waldfremde Nutzungen wollen wir so weit wie möglich zurückführen. Eine Kommerzialisierung des Niendorfer Geheges lehnen wir ab.
- 1.2 Zusätzliche Bebauungen im Niendorfer Gehege oder in den angrenzenden Landschaftsachsen und Feldmarken lehnen die Koalitionspartner ab. Wir bekennen uns zur Umsetzung des erfolgreichen Bürgerbegehrens „Hände weg vom Niendorfer Gehege“.
- 1.3 Das Forsthaus - Bondenwald 108 - ist in das Verwaltungsvermögen des Bezirkes übergegangen. Der Bezirk muss darlegen, wie das Gebäude langfristig optimal genutzt werden soll.

- 1.4 Die Bezirksversammlung Eimsbüttel hat sich grundsätzlich für einen Erhalt des Gebäudes Bondenwald 110a – der sog. Mutzenbecher-Villa – ausgesprochen. Dazu muss ein Träger gefunden werden, der eine waldnahe und naturverträgliche Nutzung gewährleistet sowie die planrechtlichen Vorgaben berücksichtigt. Die Koalitionspartner begrüßen das jetzt vorgelegte Nutzungskonzept und unterstützen eine Umsetzung des Konzeptes.
- 1.5 Die Koalitionspartner wollen auch künftig den Förster bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben unterstützen.
- 1.6 Wenn im Einvernehmen mit dem NTSV eine Kompensation gefunden wird, kann das Heizungshaus zurückgebaut und die Flächen entsiegelt und wieder aufgeforstet werden.
- 1.7 Für die Unterbringung weiterer Akteure im Niendorfer Gehege sollen in Kooperation mit dem Förster möglichst auf dem Gelände des Forsthofes durch die Nutzung vorhandener Gebäude oder ggf. in Anbauten auf bereits versiegelten Flächen des Forsthofes oder alternativ z.B. als Untervermietung im Forsthaus Realisierungspläne erarbeitet werden.

2. Tibarg

Der Tibarg ist Niendorfs Zentrum und hat viele Entwicklungen mitgemacht. 2010 wurde am Tibarg ein sog. „Business Improvement District“ (BID) eingerichtet. Über fünf Jahre werden 1,75 Millionen Euro der Eigentümer für Maßnahmen in drei Bereiche aufgewendet: Marketing, Service und neue Baumaßnahmen. Diese Bereitschaft hat zu vielen Verbesserungen auf dem Tibarg geführt: neue Beleuchtung, Auslichtung der Baumreihen vor dem nördl. U-Bahnausgang, zusätzliche und moderne Fahrradständer, Neuordnung des Dorfplatzes in der Mitte, Errichtung einer Brunnenanlage im Süden und neue Spielgeräte.

- 2.1 Wir wollen uns zusammen mit den Tibarg-Akteuren auch künftig dafür einsetzen, dass der Standort seine Attraktivität erhält.
- 2.2 Die Koalitionspartner haben den Startschuss zur Neuentwicklung eines wichtigen Teilstückes am Tibarg gegeben. Gemeinsam mit den Tibarg-Akteuren, Öffentlichkeit und interessierten Einrichtungen und Vereinen sollen Ideen entwickelt werden, was ab 2016 auf dem noch von der Anna-Warburg-Schule genutzten Gelände in der Mitte des Tibargs passieren soll. Wir wollen in diesem Beteiligungsprozess auch prüfen, ob eine Räumlichkeit für die örtlichen Vereine und Verbände geschaffen werden kann.
- 2.3 Die Koalitionspartner setzen sich weiter für eine Aufwertung des Busbahnhofes Niendorf Markt ein. Dem HVV ist der Standort für die weitere Arbeit im Bereich Haltestellenumfeldern aufgegeben worden. Wir setzen uns dafür ein, dass in die Arbeit des HVV die zuständigen Dienststellen und auch die Akteure vor Ort – Geschäfte und Anwohnerinnen sowie Anwohner im Umfeld / Tibarg-Arbeitsgemeinschaft / BID-Tibarg – eingebunden werden.
- 2.4 Die Koalitionspartner treten für die Anbindung des Tibargs an das StadtRAD-System sowie die Schaffung weiterer Fahrrad-Abstellmöglichkeiten auf dem Tibarg ein. Auch werden wir den Radverkehr zwischen und in den Stadtteilen wo immer möglich weiterentwickeln.
- 2.5 Im Zusammenhang mit dem Tibarg spielen auch noch viele weitere Themen eine Rolle, die die Kommunalpolitik immer wieder beschäftigen – bspw. die Themen Radfahren, Infowerbestände oder die Straßenmusik. Einmal im Jahr sollen daher im Regionalausschuss Lokstedt zusammen mit den Tibarg-Akteuren, Verwaltung und Polizei die Entwicklungen auf dem Tibarg erörtert werden.

3. **Niendorf-Nord**

Seit längerer Zeit engagiert sich die Bezirkspolitik für die Aufwertung des Bereiches Niendorf-Nord. 2010 wurde der Bereich Niendorf-Nord in das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ aufgenommen. Für die Laufzeit bis 2015 stehen – bei entsprechenden Beteiligungen seitens der Eigentümerinnen und Eigentümer - aus dem Programm Mittel für Maßnahmen zur Verfügung.

Ziel der Maßnahmen sind die Stärkung des Nahversorgungszentrums und die Verbesserung des Wohnumfeldes durch bauliche und soziale Projekte. Die weiterführenden Planungen wurden mit umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie des neu eingerichteten Stadtteilbeirates erarbeitet. Mit den unterschiedlichen Grundeigentümern und Eigentümergemeinschaften sind seitens des Bezirksamtes und des Gebietsmanagements in den letzten Wochen und Monaten Gespräche über Finanzierungs- und Fördervereinbarungen geführt worden. Nach Prüfung aller abgegebenen Stellungnahmen und Interessensbekundungen durch das Bezirksamt, scheint ein übergeordnetes zusammenhängendes Konzept für den gesamten Standort nicht umsetzbar.

Sollte eine Realisierung eines Gesamtkonzeptes für den Bereich Niendorf-Nord nicht möglich sein, sprechen sich die Koalitionspartner dafür aus, dass mit dem Stadtteilbeirat in der verbleibenden Laufzeit des Förderprogramms für die öffentlichen Bereiche Aufwertungsmaßnahmen (Grünanlagen, Wegeverbindungen, Busbahnhof, Straßenraum) erarbeitet und umgesetzt werden. Zu prüfen ist auch, ob Maßnahmen für die privaten Bereiche gefördert werden können, die sich für eine Beteiligung am Gesamtkonzept ausgesprochen hatten.

4. Die Koalitionspartner fördern auch weiterhin die offene Kinder- und Jugendarbeit. Mit dem **Haus der Jugend Niendorf** hat der Stadtteil seit 40 Jahren eine offene Einrichtung für Kinder und Jugendliche, für deren Erhalt wir uns stark machen. Auch künftig muss diese Einrichtung als erkennbare Stadtteil-Einrichtung für Jugendliche zur Verfügung stehen.
5. Die „**Grünen Ringe Niendorf**“ sind ein Konzept aus den 1960er Jahren für wohnortnahe Wegeverbindungen zum Erholen und Spazierengehen. Die äußeren Grünen Ringe umschließen den Stadtteil; innerhalb Niendorfs finden sich weitere Grünzüge. Die Koalitionspartner setzen sich für den Schutz und Ausbau dieser Grünen Ringe ein.

6. **Gewässer / Hochwasserschutz**

Niendorf wird „umschlossen“ von der Tarpenbek und der Kollau.

An beiden Bächen sind in den letzten Jahren umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen durchgeführt worden: Die Gewässerstruktur wurde verbessert, Wanderhindernisse für Fische wurden entfernt oder die Strukturvielfalt von Gehölzflächen verbessert. Diese Maßnahmen sollen fortgesetzt werden.

Im Bereich der Kollau und ihrer Zuflüsse werden wir weiterhin die Belange des Hochwasserschutzes berücksichtigen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse des so genannten Niederschlags-abflussmodells sowie die Kartierungen zu hochwassergefährdeten Gebieten, die im Rahmen der Umsetzung einer EU-Richtlinie erstellt werden, wollen wir systematisch auswerten und gegebenenfalls neue Schutzmaßnahmen treffen. Aktuell geschieht dies bereits durch den Ausbau bestehender Rückhaltebecken. Auch die Schaffung von weiteren Retentionsflächen sowie Rena-

turierungen wollen wir anstoßen, ebenso wie eine Beseitigung der Engstelle an der Unterführung der Kollau unter der Niendorfer Straße geprüft wird.

Schnelsen

Die gute Anbindung, bezahlbarer Wohnraum und ein umfangreiches Einkaufsangebot machen den Stadtteil bei jungen Familien beliebt. Das wollen wir durch die Weiterentwicklung der Einkaufsquartiere und Schaffung neuer Wohnanlagen unterstützen.

1. Der Bau des **Schnelsener Autobahndeckels** ist eines der größten Vorhaben im Bezirk in den kommenden Jahren, mit dem Chancen für den Stadtteil aber auch Belastungen verbunden sind.

Mit der Überdeckelung der A 7 gewinnt Schnelsen neue Flächen dazu und mit der Ausgestaltung der Flächen kann die Attraktivität des Stadtteils – und auch des angrenzenden Schnelsener Zentrums – weiter erhöht werden. Die Veränderungen können aber nur gelingen, wenn dies in einem breiten Beteiligungsprozess erfolgt, in den auch die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer frühzeitig einbezogen werden.

Während der Bauphase des Deckels setzen wir uns für eine transparente Baustellenkoordination ein.

2. Wir wollen die Attraktivität der **Frohmestraße** als Einkaufsstraße und Zentrum für Schnelsen weiter erhöhen. Unbefriedigend ist dabei nach wie vor die Verkehrssituation in der Frohmestraße. Im Rahmen der Deckel-Baumaßnahmen gilt es, die Belastungen möglichst gering zu halten und pragmatische Lösungen zu finden, die auch die Interessen der Gewerbetreibenden berücksichtigen. Der Erhalt und die Attraktivitätssteigerung für die Frohmestraße als Schnelsener Zentrum ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe der kommenden Jahre. Die Veränderungen können aber nur gelingen, wenn wir einen breiten Beteiligungsprozess beginnen und auch die Grundstückseigentümerinnen sowie –eigentümer einbeziehen.
3. Wir setzen uns für die Elektrifizierung der **AKN** und den Ausbau der S-Bahn zwischen Hamburg und Kaltenkirchen ein. In diesem Zusammenhang soll der Bau der Haltestelle Schnelsen-Süd realisiert werden. Außerdem sollen die Buslinienführung und Radverbindungen zur neuen S-Bahn-Station verbessert werden.

4. In **Schnelsen-Süd** und **Schnelsen-Burgwedel** wollen wir die positiven Entwicklungen der sozialen Stadtteilentwicklungspolitik ausbauen und verstetigen. Über Beteiligungsgremien – Stadtteilbeirat und Runder Tisch – wollen wir dies zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sicherstellen.

Soziale Stadtteilprojekte in den Quartieren – wie das Projekt 38 in Schnelsen-Süd – wollen wir unterstützen.

Nach wie vor setzen wir uns für eine Attraktivitätssteigerung auf dem Roman-Zeller-Platz ein.

5. Das **Albertinen-Krankenhaus** als wichtigstes Gesundheitszentrum und größten Arbeitgeber im Hamburger Nordwesten wollen wir stärken und unterstützen.
6. Wir wollen die **Schnelsener Feldmark** gegen Bebauung sichern und weiterentwickeln.

Regionalbereich: Eidelstedt und Stellingen

Stadtentwicklung

Wir begleiten Bürgerbeteiligungsgremien, wie z.B. die Bürgerforen Eidelstedt oder Stellingen und die Arbeit der Aktiven für die Gestaltung ihrer Stadtteile. Die Ergebnisse dieser Gremien werden wir prüfen.

Wir begrüßen die Ergebnisse der Stadtplanungsabteilung und des Beteiligungsverfahrens zu den Bebauungsplänen Stellingen 61 und 62 (Flächen: Informatikum und Sportplatz), setzen uns aber dafür ein, dass die sozialräumlichen Angebote erhalten bleiben und ausgebaut werden:

- Die Eigenständigkeit des Hauses der Jugend in einer für Jugendliche interessanten und angemessenen Form soll gewahrt werden.
- Es soll ein Stadtteilzentrum für Stellingen entstehen, vorzugsweise am zukünftigen „Stellinger Platz“ mit der Zielvorstellung, dort ein Stadtteilkulturzentrum einzurichten.

Bei der Entwicklung der Flächen des Informatikums wollen wir die Ideen der Bürgerinnen und Bürger unterstützen und setzen uns für Platz für neue Arbeitsformen („coworking spaces“) und die Ansiedlung von Kleingewerbe ein. Gewerbe und Wohnen möchten wir nicht trennen, in Bebauungsplänen ausgewiesene Mischgebiete sind grundsätzlich zu erhalten. So ist beispielsweise die Fläche nordöstlich angrenzend zum Eidelstedter Platz (Bebauungsplan Eidelstedt 30) in ihrer bisherigen Mischung (70 % Wohnen – und 30 % Gewerbe) bei einer denkbaren Neubebauung aufrecht zu erhalten.

Die Stadtteilzentren sollen geschützt werden, indem auch zukünftig großflächige Einzelhandelsflächen (z.B. am Hörgensweg oder am Stellinger Hof) begrenzt werden. Für diese Flächen fordern wir sozial- und stadtteilverträgliche Konzepte.

Wir beharren auf eine Durchsetzung der neuen Spielhallenregulierung, da eine weitere Verdichtung insbesondere entlang der Achse Kieler Straße durch Spielhallen inakzeptabel ist.

Der Tierpark Hagenbeck ist nicht nur eine herausragende Visitenkarte dieses Bezirkes, sondern ist auch wirtschaftlich ein wichtiger Standort. Seine nachhaltige Sicherung ist für uns elementar.

Sport

Wir unterstützen die Planung für das Sportzentrum Furtweg.

Soziales

Die soziale Stadtteilpolitik in der „Linse“ unterstützen wir auch zukünftig. Darüber hinaus soll die Entwicklung eines Nutzungskonzeptes für das ehemalige Rathaus Stellingen vorangetrieben werden.

Das ReeWie- und das Wichmannhaus sollen erhalten und gestärkt werden.

Ökologie / Umwelt

Für eine ökologische Entwicklung dieser Region fordern wir:

- mehr Baumpflanzungen im städtischen Raum, insbesondere im Bereich der Kieler Straße,
- keine Bebauung der Eidelstedter Feldmark,
- Unterstützung des Erhalts regionaler Landwirtschaft (bspw. ortsnahe Anbau von Futtermitteln für Hagenbecks Tierpark),

- das Konzept „Saisongärten“ (Leihgärten) zu fördern und zu unterstützen,
- weitere Flächen für urbane Gartenprojekte zu identifizieren und
- wegfallende Kleingärtenflächen auszugleichen und ggf. als „Bürgergärten“ zu gestalten.

Im Bereich der S-Bahn Stellingen drängen wir nach Fußballspielen und Großereignissen auf eine verbesserte Reinigung und Pflege der Anlagen der Station.

Verkehr

Eidelstedt und Stellingen sind zwei Stadtteile, die besonders stark durch Verkehrsstrassen mit überregionaler Bedeutung belastet sind. Deshalb ist bei allen Planungen und Veränderungen in besonders sensibler Weise auf die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile Rücksicht zu nehmen.

Im Einzelnen:

- Die Planungen zu dem zukünftigen Bahnhof Diebsteich (Altona) werden direkte Auswirkungen auf Stellingen haben. Wir drängen deshalb auf frühzeitige Einbeziehung bei den Planungen.
- Stellingen benötigt eine „Ortsumgehung“, die über den Eimsbütteler Markt zum Autobahn-Anschluss Volkspark führt und die Kieler Straße insbesondere vom Schwerlastverkehr entlasten soll.
- Wir werden während der Bauzeit zum Autobahndeckel die Belange der unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner im Auge behalten und sie in ihren berechtigten Anliegen unterstützen. Eine sozialverträgliche Lösung mit den Eigentümerinnen und Eigentümern im Imbekstieg (Westseite) wollen wir gegenüber den zuständigen Behörden vertreten.
- Wir wollen den Bereich des Busbahnhofes am Eidelstedter Platz und der AKN-Station Eidelstedt Zentrum überplanen lassen.
- Der Ausbau der AKN-Strecke zur S-Bahn muss eine Priorität bei der Entwicklung des ÖPNV in der Region haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die wichtige S-Bahn-Station Elbgaustraße mit ihren vielen Umsteigemöglichkeiten auf Busse nicht benachteiligt wird. Auch die Umsteigesituation von der S-Bahn auf Busse muss hier sicherer gestaltet werden.
- Wir werden uns in den Planungsprozess für eine zukünftige S- und /oder U-Bahn-Strecken einbringen und die schienengebundene Anbindung der Arenen fordern.
- Wir fordern die Aufstockung und Aufrüstung der Fahrradabstellmöglichkeiten für die S-Bahn-Haltestellen Elbgaustraße, Stellingen und Langenfelde.
- Für das Konzept StadtRAD setzen wir uns für die Umsetzung der bereits geforderten und geplanten Stationen, sowie die Planung von weiteren Stationen ein.
- Die im Fahrradforum geplanten Routen wollen wir realisieren und zudem weitere Strecken verbessern.
- Aktuell sehen wir keine Notwendigkeit eines „Durchstiches“ der Randstraße und wollen nach einer Prüfzeit den hierfür erstellten Bebauungsplan überdenken.

Grundlagen der Zusammenarbeit

Ein eigenständiges Profil der beiden Koalitionspartner einerseits und eine verlässliche sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit andererseits erfordern ein Höchstmaß an gegenseitiger Information und Kommunikation. Für uns gilt es, die langjährige rot-grüne Zusammenarbeit im Bezirk Eimsbüttel fortzusetzen. Wir wollen den Bezirksamtsleiter, Dr. Torsten Sevecke, wiederwählen.

Wir vereinbaren daher folgende Grundprinzipien für unsere Zusammenarbeit:

- Partei- und Fraktionsspitzen kommen zu einer regelmäßigen Koalitionsrunde zusammen, um Vorhaben, aber auch Konflikte, frühzeitig miteinander zu besprechen und abzustimmen.
- Die Fraktionsvorstände vereinbaren einen regelmäßigen Jour fixe.
- Anträge werden miteinander abgestimmt.
- In der Bezirksversammlung stimmen die Partner gemeinsam ab. Hiervon kann nur in vorher vereinbarten Ausnahmefällen abgewichen werden.

Milan Pein
Kreisvorsitzender SPD Eimsbüttel

Dominik Lorenzen
Kreisvorsitzender GRÜNE Eimsbüttel

Rüdiger Rust
Vorsitzender der SPD-Fraktion Eimsbüttel

Anna Gallina
Vorsitzende der GRÜNE-Bezirksfraktion
Eimsbüttel

Volker Bulla
Vorsitzender der GRÜNE-Bezirksfraktion
Eimsbüttel